

vergangenen Wochen über Herrn Honeckers Leber erfahren haben und wie wenig über seine Herrschaft. So wichtig der Beitrag journalistischer Arbeit für die Geschichtsschreibung auch sein mag, er reicht nicht aus, um seriöse Forschung zu ersetzen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum ich jedenfalls die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für so wichtig halte, warum ich die Arbeit mit großem Interesse verfolge, warum das viele Menschen in diesem Lande tun und warum die Arbeit so wesentlich ist. Dabei weiß ich. Ihre Aufgabe ist umfangreich. Ich jedenfalls wünsche, daß Ihre Arbeit hilft, unsere Geschichte besser zu begreifen. Wenn dies gelingt, kann die Enquete-Kommission über ihr eigentliches Ziel hinaus einen substantiellen Beitrag zur Verwirklichung der inneren Einheit unseres Landes leisten. Dabei wünsche ich viel Erfolg. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ganz herzlichen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, für Ihr nachdenkenswertes Wort und Ihre guten Wünsche.

Wir wollen uns dem Thema „Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung“ weiter nähern. Wir haben dazu drei Referenten gebeten, die offenbar alle das gleiche Thema haben: Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung, Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR, Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme Ende der vierziger Jahre – diesen Teilsaspekt wird uns Herr Professor Weber aus Mannheim nahebringen –, in den fünfziger Jahren – dazu hören wir Fritz Schenk, Zweites Deutsches Fernsehen Mainz – und danach abschließend Professor Dr. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel, zu den sechziger und siebziger Jahren. Bitte, Herr Professor Weber!

**Prof. Dr. Hermann Weber:** Verehrte Anwesende, fast genau zehn Jahre vor Kriegsende, am 3. Mai 1935, kurz vor den blutigen Säuberungen in der Sowjetunion, hat Stalin einen Ausspruch getan, der in der Folgezeit immer wieder zitiert worden ist und als Leitlinie kommunistischer Parteien gegolten hat. Der Ausspruch lautete: „Die Kader entscheiden alles!“ Dieser Ausspruch zeigte zur damaligen Zeit, daß Stalin der Meinung war: Das Regierungssystem, das Herrschaftssystem, die Diktatur waren so gefestigt, die Institutionen waren herausgearbeitet, die Mechanismen der Macht eingeübt, so daß es, wenn man dieses System längerfristig aufrechterhalten wolle, darauf ankomme, genügend Kader auszubilden, damit die dann die entsprechenden Positionen besetzen könnten.

Im Jahre 1945, als die Rote Armee im Ostteil Deutschlands einrückte, ging die Vorstellung Stalins natürlich nicht nur dahin, hier ein System nach dem Muster seines Sowjet-Systems zu errichten; es gab eine ganze Reihe anderer Problemfelder, die ihn beeinflussten. Nur, als man daranging, dies zu tun, hatte man die Schwierigkeit, beides gemeinsam schaffen zu müssen, sowohl die Institutionen, den Ausbau der Mechanismen, als eben auch die Heranbildung der entsprechenden Kader.

Das heißt also, daß erstens zu berücksichtigen ist, wie in der sowjetisch besetzten Zone von 1945 bis 1949 – das ist ja der Zeitraum der vierziger Jahre – diese Institutionen aufgebaut und ausgebaut worden sind, zum anderen aber auch betrachtet werden muß – und darauf möchte ich einigen Wert legen –, was von dieser Ausbildung der Kader in jener frühen Phase zu halten ist.

Dabei ist klar, daß die Entwicklung nach 1945 nicht synchron verlief; ich kann das nicht im einzelnen belegen, aber in der Kulturpolitik ging man anders vor als im Aufbau von Hierarchien, von Machthierarchien. Es ist auch klar, daß die Änderung des Parteiensystems hier nicht im einzelnen behandelt werden kann; das habe ich bereits an anderer Stelle vor dieser Kommission getan. Hier kommt es darauf an zu sagen: In dieser schwierigen Phase des Übergangs gilt mit Sicherheit das, was Wolfgang Leonhard überliefert hat, der Ausspruch Ulbrichts: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Ich glaube, dieser Kernsatz macht deutlich, wie in der Frage der Machtstrukturen vorgegangen wurde. Er macht zugleich deutlich, daß eben die Voraussetzung dafür war, genügend Kader heranzubilden in einem Deutschland, das nicht nur zusammengebrochen war, sondern wo gerade in der jüngeren Generation mit Sicherheit die NS-Ideologie zumindest noch nicht ausgerottet gewesen ist.

Ich will also zweierlei tun: Ich möchte ganz generalisierend versuchen, kurz einige wesentliche Methoden und Mechanismen vorzustellen, und zum zweiten anhand der Entwicklung dessen, was man die „Kaderschmiede“ der SED nannte, die Parteihochschule „Karl Marx“, auch aus eigenem Erleben zwischen 1947 und 1949 einige Punkte ansprechen. So ist es uns jedenfalls auch vorgeschlagen worden, nicht nur als Historiker hier zu sprechen, sondern auch eigene Erfahrungen mit einzubringen. Meine beschränken sich auf diesen kurzen Zeitraum.

Ausschlaggebendes Merkmal kommunistischer Parteiherrschaft war die Allmacht der Parteiführung in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Das Besondere dieses Systems bestand nun darin, daß in der Sowjetunion der dreißiger Jahre die größte Kommunistenverfolgung aller Zeiten stattgefunden hat – was zeigt, daß es sich hier um ein System handelt, das mit den gleichen Mechanismen, mit denen es gegen Andersdenkende, gegen die Mehrheit der Bevölkerung vorging, auch innerparteilich herrschte. Gleichzeitig macht dies natürlich deutlich, daß von einer innerparteilichen Demokratie in diesem System nicht gesprochen werden konnte, sondern daß es darauf ankam – auch für die spätere Struktur der DDR –, daß die Parteiführung unumschränkt und unkontrolliert herrschte, um eben ihren Machtanspruch als Hegemonialpartei, das heißt als Vorherrschafts- und Führungsorgan, durchzusetzen.

Ich denke, daß die Führung dabei viererlei tat: erstens strebte sie von Anfang an die Sicherung ihrer Hegemonie mit stetig wachsendem Absolutheitsan-

spruch an, zweitens duldete diese Partei keine Teilung der Macht – und erst recht keine legale Ablösung –, drittens unterdrückte und verhinderte sie pluralistische Tendenzen wie auch Ansätze innerer Demokratie, und viertens übte sie ihre Gewalt als Führungsorgan außer im Staat im gesamten öffentlichen Leben aus und wirkte bis in die Privatsphäre der Bürger hinein.

Die Übertragung dieses Systems war nur durch einen singulären Vorgang möglich, nämlich einerseits die Besetzung eines Teils Deutschlands durch die sowjetische Armee und damit die Machtübernahme der Sowjetischen Militäradministration, und andererseits durch die Tatsache, daß sie auf ein relativ breites Reservoir von Kommunisten zurückgreifen konnte, die eben erst unter Hitler blutig verfolgt worden waren und im Widerstand gegen Hitler auch die meisten Opfer gebracht haben, die aber nun ihr Verhalten änderten: die Verfolgten sind nun selbst zu Tätern geworden.

Die Strukturen der KPdSU – um dies kurz einzuführen, was die Führungsmechanismen angeht –, das heißt also Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat als die Führungsorgane, der zentralistische und hierarchisch aufgebaute hauptamtliche Apparat der Partei, seine Kompetenzen sowie insbesondere Kaderarbeit und Nomenklatur wurden von der stalinistischen Führung über die SMAD in die sich wandelnde SED zwischen 1946 und 1949 mit hineingetragen, bis sie eben eine stalinistische Partei nach dem Vorbild der KPdSU war.

Nun war der Ideologie dieser Partei immer ein Feindbild immanent; das heißt, ein Feindbild war wesentlich für den Zusammenhalt der Partei selbst. Es galt, ständig Feinde aufzuspüren, sie zu verfolgen, zu schlagen. Einschüchterungen und Angst waren eben nicht nur Herrschaftsinstrument nach außen, sondern sie sind zunehmend ein Element auch des inneren Organisationsprinzips geworden.

Dieses innere Organisationsprinzip war durch den sogenannten „demokratischen Zentralismus“ gekennzeichnet, eine Organisationsvorstellung, die Lenin entwickelt hatte und die die Effektivität des Zentralismus mit der Möglichkeit des Mitwirkens durch Demokratie verbinden sollte. Als sie nach Deutschland kam, hatte sie sich längst in einen starren und bürokratischen Zentralismus verwandelt, wie ihn Stalin im Sinne der Leninschen Grundvorstellungen bereits durchgesetzt hatte.

Charakteristisch war also für das Herrschaftssystem der SBZ/DDR ein straff hierarchischer Aufbau: Alle Befehlsstränge liefen strikt von oben nach unten. Das galt für alle jene Apparate, mit denen die SED-Führung schon in den vierziger Jahren versuchte, ihre Macht auf- und auszubauen. Das waren

erstens der eigene Parteiapparat mit seinen hauptamtlichen Parteifunktionären und ehrenamtlichen Helfern,

zweitens der Staatsapparat – zunächst die Deutsche Wirtschaftskommission, ab Oktober 1949 dann die Regierung der DDR, Verwaltung, Kultureinrich-

tungen, Armee, Medien, aber selbstverständlich mit der Verstaatlichung auch die Wirtschaft,

es waren drittens die Justizorgane und vor allem das Ministerium für Staatssicherheit und seine Vorläufer, die die unmittelbaren Verfolgungsmaßnahmen durchführten,

und es waren viertens die Massenorganisationen und nach ihrer Umwandlung dann auch die anderen Parteien als Blockparteien, die den Auftrag befolgten, als Transmissionsriemen Verbindungen zu anderen Teilen der Bevölkerung herzustellen.

Ihre Macht hat nun die SED grundsätzlich mit denselben drei Methoden ausgeübt, die sie von Stalin übernommen hat. Ich will die beiden ersten kurz nennen, weil sie in diesem Zusammenhang weniger eine Rolle spielen: Es war der Versuch der Neutralisierung. Man ging davon aus, sogenannte unpolitische Menschen weder zu Gegnern noch zu Anhängern des Systems heranziehen zu können; so wurden Herrschaftsmechanismen entwickelt, um Personen einen Freiraum zu geben, sie passiv zu halten, indem der gewöhnliche Alltag, geprägt von den Freuden und Leiden des Individuums, in den Vordergrund gestellt wurde, um sie von der Diktatur abzulenken. Voraussetzung einer Neutralisierung war freilich eine spürbare wirtschaftliche Besserung, und das war das Handikap dieser ersten Methode.

Die zweite Methode war der Terror. Die Verfolgung zunächst durch die Besatzungsmacht, dann durch den Staatssicherheitsdienst und die Justiz richtete sich gegen jene Minderheit, die aktiv eine Änderung des Systems erstrebte, die gegen die Diktatur opponierte und damals eben noch flüchten konnte, wenn keine anderen Möglichkeiten vorhanden waren. Die befohlene „Wachsamkeit“ sollte jede Nonkonformität überwinden, Unsicherheit und Furcht erregen.

Es kam aber ein drittes Moment hinzu, auf das ich hier jetzt im wesentlichen eingehen will, weil es meines Erachtens in den vierziger Jahren erstmals in dieser Form in Deutschland aufgebaut worden ist und weil die Wirkung zumindest in den vierziger und fünfziger Jahren nicht unterschätzt werden darf: das war das System der ideologischen Indoktrination.

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus diente – über die Anleitung des politischen und sozialen Handelns hinaus – als Verschleierungs-, als Rechtfertigungsinstrument; sie sollte aber Bindeglied der herrschenden Eliten werden und durch Erziehung und Bewußtseinsbildung neue Anhänger vor allem aus den Reihen der Jugend gewinnen. Die Schulung der Funktionäre zielte auf ideologisch-politische Konformität. Damit war sie ein wesentliches Mittel, die SED selbst zu festigen, damit diese Partei die Diktatur ausüben konnte.

Um ihre Allmacht abzusichern, war selbst das innere Gefüge der SED nach stalinistischen Prinzipien geformt. Schließlich konnte die Partei ihre

Mechanismen Neutralisierung, Terror, Indoktrination nur dann wirkungsvoll anwenden, wenn die eigene Organisation mit den großen Mitgliederzahlen – die SED zählte ja schon am Anfang über anderthalb Millionen Mitglieder – bedingungslos den Weisungen des Politbüros folgte. „Eiserne Disziplin“, wie man das nannte, war für die Parteimitgliedschaft Voraussetzung. Dies war in den vierziger Jahren keineswegs Realität. Bei dem Funktionärskorps, auf das es ankam, fing es an, eine solche Realität zu werden.

Für Kommunisten galt als entscheidendes Kriterium des demokratischen Zentralismus die freiwillige Parteidisziplin, das heißt die kritiklose Unterordnung unter die Linie der Partei, und die Linie der Partei war nun nichts anderes als die Linie der Führung. Wo freiwillige Unterordnung nicht erreicht wurde, konnte die Führung mit Hilfe der 1949 geschaffenen Parteikontrollkommissionen – eine Art innerparteiliche Polizei – existenzbedrohende Parteistrafen aussprechen oder Verfolgung durch staatliche Organe anordnen.

Ein zweiter Faktor war die Macht des hauptamtlichen Apparates in dieser Partei, der sich hierarchisch gliederte, der die Funktionäre nicht nur ein-, sondern auch absetzte, der in Parteiwahlen ihm genehme Personen in entsprechende Funktionen einsetzte. Außer der straffen Personalpolitik konnte der Apparat mit Beschlüssen, Direktiven, Anweisungen das Parteileben dirigieren und die Aktivität der Organisation nach außen führen.

Allein die oberste Führung – also die Anfang 1949 geschaffenen Organe Politbüro, Sekretariat und der vorher schon bestehende Apparat des ZK – entschied, für welche Probleme sie selbst zuständig war und welche Probleme sie delegierte. Aber immer galt, daß der Parteaufbau „ohne Zentralismus, ohne disziplinierte Unterordnung der örtlichen Leitungen und Organe unter das Zentralkomitee unmöglich ist.“ Das ist sehr viel später gesagt worden, von Dohlus, aber es galt auch für diese frühe Zeit.

Die Auswahl und Heranbildung, also die Schulung der Kader, sorgten gleichermaßen für eine weitere Absicherung der innerparteilichen Struktur. Nach dem Prinzip der Nomenklatur lagen die Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis für die Kader, deren Weiterbildung, Einsatz, Karriere, Ablösung usw. bei der jeweils übergeordneten Instanz. Die hauptamtlichen Funktionäre der Partei in den vierziger Jahren mußten natürlich selbst einem solchen Veränderungsprozeß unterworfen werden. Es kam ja nach dem Prinzip der Parität die Hälfte aus der früheren Sozialdemokratie und nur die andere Hälfte aus der Kommunistischen Partei; aber schon in dieser Phase erkennt man eben sehr deutlich: Nur ein treuer Parteisoldat wird diese Einordnung, diese Unterordnung unter die Führung vornehmen. Dazu brauchte man ein Mittel; dieses Mittel war Indoktrination – oder, wie es offiziell hieß, „Schulung“.

Das völlig ideologisierte Bewußtsein der führenden deutschen Kommunisten sollte Optimismus und Siegesgewißheit vermitteln – Gesetzmäßigkeit der Geschichte als ein solcher Ausdruck –, vor allem aber ein richtiges Verhältnis

zur Macht fördern. Der Anspruch, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein, sorgte bei der Avantgarde für elitäre Überheblichkeit einerseits, verursachte aber auch Realitätsverluste andererseits. Der Marxismus-Leninismus beruhte am Ende der vierziger Jahre auf Stalins primitiven, aber recht einprägsamen Aussagen etwa über dialektischen und historischen Materialismus. Diese Pseudoreligion wirkte jahrelang nach. Die Wurzeln liegen in dieser Phase.

Auch die politische Theorie war im wesentlichen von Klischees und Dogmen durchdrungen, hatte jedoch vorrangig der ideologischen Rechtfertigung zu dienen. Es wurde den Funktionären in diesen Parteischulungen suggeriert, sie seien Vorhut, Elite. Durch selektive Faktenvermittlung wurde ihre Überheblichkeit gestützt, weil sie mehr wußten als andere. Andauernde ideologische Indoktrination sollte dabei in erster Linie keinen Raum für Zweifel, Skrupel oder Skepsis lassen. So blieb als Ausflucht oft nur der Zynismus. Die Ideologie diente insofern auch der Täuschung und Selbsttäuschung.

Die Parteischulung war – neben der Wissensvermittlung, die es selbstverständlich auch gab – vor allem ideologische Bearbeitung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus. Sie brachte Fanatismus, brachte Sendungsbewußtsein, sollte eben einen festen und zuverlässigen Funktionärsstamm schaffen. Dabei bewegte sich diese Schulung auf drei Ebenen: die Schulung von Funktionären in Internatsschulen, die Teilnahme aller Mitglieder an Veranstaltungen des später „Parteilehrjahr“ genannten Systems und die Organisierung und Kontrolle eines sogenannten theoretischen Selbststudiums.

Die Kommunisten haben die Kaderschulung, der sie immer einen hohen Stellenwert beimaßen, sofort 1945 begonnen, und sie konnten erreichen, daß sie innerhalb der SED die wesentlichen Positionen gerade auf dem Ausbildungssektor für Kader einnahmen. Sie gaben in der Schulung den Ton an. Wolfgang Leonhard schrieb bei einer Betrachtung des Schulungssystems, daß vor allem nach der Niederlage der SED bei den Wahlen hier in Berlin am 20. Oktober 1946 die Schulungsarbeit bedeutend verstärkt wurde. Schon 1947 existierten über 100 Kreisparteischulen, sechs Landesparteischulen mit immerhin Drei-Monats-Lehrgängen. Nach einem einheitlichen Lehrplan wurden damals allein 180. 000 Funktionäre geschult.

Bereits 1947 wurde nun die Parteihochschule „Karl Marx“, über die ich berichten möchte, als oberste Einrichtung des Schulungssystems geschaffen. Laut Beschluß des Parteivorstands der SED vom 14. Mai 1946 war ihre Aufgabe „Heranbildung qualifizierter Kader in Verbindung mit theoretischen Forschungsarbeiten und Herstellung von Schulungs- und anderen Materialien“. Der erste Kursus mit 140 mittleren und leitenden Kadern begann am 15. Juli 1946 in Liebenwalde. Bis 1989 – dies nur nebenbei – hat diese Parteihochschule 15. 000 Funktionäre ausgebildet.

Die höchste Kaderschmiede der SED sollte also auf der einen Seite wissenschaftliche Ausbildung insofern garantieren, als eine Wissensvermittlung

Ziel war, andererseits – und das war wohl die Hauptsache – ein ideologisch gefestigtes Führungskorps schaffen. In der Übergangsphase von 1947 bis 1949 zeigt sich nun zugleich, wie diese Änderung der Parteihochschule eine Änderung der Partei war.

Entsprechend den ideologischen Säulen der Parteiideologie bestanden an dieser Parteihochschule vier Fakultäten: Philosophie, Geschichte, Politische Ökonomie und Grundfragen, das heißt Politik des Marxismus oder Leninismus. Am 9. Oktober 1947 wurde der erste Zwei-Jahres-Lehrgang mit 80 Kursanten von Otto Grotewohl eröffnet; am 10. Januar 1948 zog die Parteihochschule mit damals 34 Lehrkörpermitgliedern und 182 Studenten in drei Lehrgängen nach Kleinmachnow um.

Interessant ist schon die Leitung. Leiter war der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Rudolf Lindau; seine sozialdemokratische „Parität“ Paul Lenzner, ein kulturbeflissener Mann, wurde im folgenden auch sehr rasch auf das Gebiet der Kultur abgedrückt. Trotz der Parität bestimmte also der Kommunist Lindau, was an der Schule geschah.

Die wichtigsten Parteiführer traten als Lektoren auf. Ich nenne Anton Ackermann, Fred Oelssner, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Paul Wandel, aber auch Vertreter der SMAD; Oberst Tjulpanow einer der bekanntesten, für die deutschen Parteien zuständigen Vertreter, hielt auf dieser Parteihochschule die ersten grundsätzlichen Vorlesungen zu Änderungen der Politik, etwa zur Frage der Volksdemokratie.

Am Beginn dieses Zwei-Jahres-Lehrgangs herrschte noch – so kann man sagen – ein liberales Klima. Es war eine typische Parteischule. Man war parteilich – selbstverständlich –, aber das bedeutete nicht, daß man versuchte, das Wissen einzuengen. Beispielsweise konnte jeder im Lesesaal sämtliche Zeitungen – auch noch aus West-Berlin – lesen. In einem Vortrag über Westdeutschland konnte auch die kommunistische Opposition behandelt werden. Ein älterer Schüler hat selbstbewußt erklärt, er sei 1929 aus der KPD ausgetreten, weil die eine falsche Gewerkschaftspolitik gemacht habe.

Das hat sich natürlich mit der Veränderung der SED zur „Partei neuen Typus“ schlagartig geändert, also mit dem Bruch Titos mit Stalin im Jahre 1948. Nun sollte der Geist der Wachsamkeit, der Unversöhnlichkeit das hineintragen, was für die Führung gegenüber den Kadern offenbar maßgeblich blieb: das Mißtrauen. Das heißt, eine Atmosphäre des Mißtrauens schien zweifellos etwas zu sein, mit dem auch die Parteikader selbst gegeneinander, die Führung nach unten, vielleicht auch von unten nach oben, glaubten, das System besser aufrechterhalten zu können.

1948 erschien an der Wandzeitung ein Artikel eines Kursanten gegen den Dozenten Wolfgang Leonhard. Nach einigem Hin und Her hat Leonhard dann eine Antwort gebracht – Sie können das ja in seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ nachlesen –, die die Wogen zu glätten schien. Aber der

dramatische Einschnitt war dann natürlich im Februar 1949 die Flucht von Leonhard nach Jugoslawien.

Nun zeigte sich auf dieser Parteihochschule, daß stalinistische Ideologisierung von Parteikadern doch etwas anderes war als die normale Ausbildung von Funktionären, die Heranbildung eines Funktionärskorps. Kritik und Selbstkritik wurden gewissermaßen zum Hauptfach erhoben, wobei „Kritik und Selbstkritik“ die Formel dafür war, daß sich jeder selbstkritisch zu stellen hatte, daß die Führung die Kritik übte und von unten die Selbstkritik kam. Die Suche nach dem Agenten wurde zu einer Manie, und ich habe ein Dokument herausgesucht, das ich Ihnen gern in längeren Auszügen vorstellen möchte; es handelt sich um ein Schreiben des damaligen Parteisekretärs an der Parteihochschule – auch so etwas gab es – an Wilhelm Pieck, den SED-Vorsitzenden, vom 21. April 1949, also kurze Zeit nach der Flucht Leonhards und einem zweiten, ebenso dramatischen Ereignis: eine Schülerin dieser Parteihochschule hatte im „Neuen Deutschland“ geschrieben – am 20. März 1949 –, die innerparteiliche Demokratie der bolschewistischen Partei während der Verhandlungen zum Brester Frieden sei lobenswert. Daraufhin hat die SMAD – wie wir heute wissen; das wurde kürzlich im „Neuen Deutschland“ in einem Artikel von Kießling festgestellt – Protest erhoben, weil sie sagte: Das war keine innerparteiliche Demokratie, sondern da hat der Erzfeind Trotzki versucht, die Partei unter seine Kontrolle zu bringen. Das hat dann dazu geführt, daß sogar das Zentralsekretariat der SED öffentlich dazu Stellung nahm.

Daraufhin kommt also nun dieser Brief an Wilhelm Pieck vom 21. April, der wohl für sich spricht. Ich zitiere:

„In einer allgemeinen Parteiversammlung der Schüler aller Lehrgänge, der Lehrer und der leitenden Genossen der Parteihochschule hielt der Lehrgenosse Heinz Abraham auftragsgemäß am 29.3.1949 von 15.00 bis 18.00 Uhr eine Vorlesung über den Trotzismus, die sich insbesondere mit der Erscheinungsform des verbrecherischen Charakters des Trotzismus befaßte. Am 30.“

– also am nächsten Tag –

„wurde diese allgemeine Parteiversammlung früh neu – 8.00 Uhr beginnend – fortgesetzt. Genosse Rudolf Lindau hielt ein einleitendes Referat, das sich eingehend mit den Ursachen des Falles Leonhard und der dabei zutage getretenen allgemeinen Unterschätzung des Trotzismus befaßte.

Die Diskussion begann dann um 15 Uhr. Es sprachen erfahrene Kämpfer gegen den Trotzismus.

Vom 2. bis 7. April“

– also weitere vier Tage lang –

„wurde in den Parteigruppen aller Lehrgänge die Diskussion fortgeführt. In drei Versammlungen, deren letzte am 6.4. stattfand und ca. sieben



Stunden dauerte, wurden kritisch und selbstkritisch aus dem Fall Leonhard und den Lehren, die sich daraus für das Gesamtkollektiv der einzelnen Fakultäten ergeben, Schlußfolgerungen gezogen.

Am 10.4.1949 wurde nochmals in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr eine weitere allgemeine Parteiversammlung aller Schüler... und ein Resolutionsentwurf... abgehalten. Danach wurde folgende Resolution gefaßt:“

– Ich bringe daraus einen Absatz –:

„Besonders unter den jüngeren Genossinnen und Genossen aller Lehrgänge muß noch eine systematische Schulungs- und Erziehungsarbeit geleistet werden, um alle Unklarheit über den verbrecherischen Charakter des Trotzismus restlos zu beseitigen... Fernerhin bestehen noch Unklarheiten in der Einschätzung des Sozialdemokratismus, ob Sozialdemokratismus und Trotzismus gleichzusetzen sind . . . Schon der provokatorisch-trotzkistische Artikel der Genossin Erna Stracke“

– das war jener eben erwähnte Artikel über die Brester Friedenskonferenz –

„im 'ND' muß als ein ernstes Signal dafür dienen, daß an der Parteihochschule 'Karl Marx' die trotzkistische Gefahr stark unterschätzt wurde. Der Ernst dieses Versäumnisses wird dadurch unterstrichen, daß sich das Politbüro der Partei genötigt sah, zu dieser Angelegenheit in einer öffentlichen Erklärung Stellung zu nehmen. Wie berechtigt diese Mahnung zur Wachsamkeit war, kam noch erschreckender dadurch zum Ausdruck, daß ein Lehrer der Parteihochschule, Wolfgang Leonhard, als niederträchtiger trotzkistischer Agent der imperialistischen Reaktion an der Parteihochschule sein Unwesen treiben konnte.“

Das geht immer so weiter. Ich glaube aber, der Tenor ist klar: Man merkt hier, daß etwas Brisantes kommt, nämlich nicht nur das Mißtrauen der Parteiführung gegen die eigenen auszubildenden Kader, sondern auch die Befürchtung, daß eine nicht genügend drakonische Auseinandersetzung zu „Abweichungen“ führen könnte.

Dies führte dazu, daß der Dekan für Philosophie, Victor Stern, einstmals immerhin Mitglied des Politbüros der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, vor den Lehrkräften seiner Fakultät Selbstkritik üben mußte, weil ihm eine „gewisse Scheu vor selbständiger praktischer Anwendung des Marxismus-Leninismus“ vorgeworfen wurde. Das war natürlich schon nahe am „Verbrechertum“, und so hat offenbar die Fakultät gemerkt, daß sie zu weit ging; sie hat dies dann auf der nächsten Sitzung abgeschwächt und Sterns Parteitreu unterstrichen.

Üblich war nun die Einengung der Schulung der Kader an dieser Spitzenausbildungsstätte auf dogmatische Indoktrination. Wissensvermittlung wurde zweitrangig. Das Meisterwerk stalinistischer Fälschung, die „Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang“, wurde nicht nur an der Parteihochschule,

sondern für alle Mitglieder in den Vordergrund gestellt. Ich nenne zwei Themen, um einfach einmal zu zeigen, wie die Schulung auf das Niveau billiger Agitation gesunken war: Ein Thema vom Oktober 1949 war „Die SPD-Führung als imperialistische Agentur“, ein anderes Thema lautete „Stalin als Freund und Helfer des deutschen Volkes“.

Wie sich nun das Mißtrauen gegen diese jüngeren Kader auswirkte, mögen Sie daran ermessen, daß der offizielle Bericht von Ende September 1947 über die Gründung des Kominform von den Schülern 1949 abgeliefert werden mußte. Als sie ihn von der Lehrmittelabteilung zurückbekamen, fehlten drin die Seiten 31 bis 50; das war nämlich das Referat des Jugoslawen Kardelj, das nun nicht mehr gelesen werden durfte.

Ich habe aus der Bibliothek der Parteihochschule „Karl Marx“ antiquarisch erworben „Die Einheit“ – das theoretische Organ der SED für „Theorie und Praxis des Sozialismus“, Heft 20 vom Dezember 1951. Da ist im Inhaltsverzeichnis etwas geschwärzt. Weiter hinten ist in diesem Exemplar tatsächlich auch ein Artikel herausgeschnitten worden. Dieser Artikel stammte von Franz Dahlem, der zu dieser Zeit – 1951 – gewissermaßen noch der zweite Mann nach Ulbricht war, aber Anfang 1953 abgesetzt worden ist. Offensichtlich wurde zu diesem Zeitpunkt dann auch das Exemplar dieser Zeitschrift „gesäubert“.

Ich denke, ich kann es dabei belassen. Sie ersehen daraus, daß hier eine radikale Veränderung der Vorstellungen, wie ideologische Ausbildung des Nachwuchses der Kader sein sollte, festzustellen ist. Innerhalb kürzester Zeit zeigt sich eben, daß wir es mit einem Schulungssystem zu tun haben, das Wert darauf legt, auch den eigenen Kadern gewissermaßen nicht mehr die Möglichkeit zu geben, anderes zu lesen als das, was vorgeschrieben ist, selbst wenn es vorgestern noch die offizielle Linie war.

An der Parteihochschule „Karl Marx“ wurden dann ab 1950, als man das ganze Parteischulungssystem auf diese Grundlage gestellt hatte, Drei-Jahres-Lehrgänge durchgeführt. Die SED besaß dann ab 1952 15 Bezirks- und 185 Kreisparteschulen. Sie hat allein bis zum Jahre 1954 600.000 meist junge Menschen so indoktriniert, und ich glaube, daß diese Indoktrination dann ihre Wirkung zeigte.

Wir haben auch innerhalb des Apparates – das ist nun meine Schlußfolgerung aus diesen Beispielen – ein System von Über- und Unterordnung, von Befehl und Gehorsam. Auch innerhalb der Partei werden solche Verhaltens- und Denkweisen vorgeschrieben und eingeübt, die den Anforderungen moderner Gesellschaft zwar widersprechen, aber den Gesetzen einer solchen stalini-stischen Apparat-Partei zugrunde liegen. Was gebraucht wird, ist – statt Kritikfähigkeit und Konfliktbewältigung – der folgsame, doktrinäre, vielleicht auch elitäre, auch intolerante Funktionär, der sich jederzeit den übergeordneten Autoritäten unterstellt, sich deren Vorstellungen zu eigen macht. Er brauchte ja

nur die in seinen Kaderplänen entsprechend vorgegebenen Aufgaben auszuführen, um mit Privilegien belohnt oder korrumpiert zu werden. Andererseits aber hat ihn eben die Furcht vor Repressalien gehindert, eigenständig zu handeln, und ihn veranlaßt, selbst erkennbar falsche Weisungen ohne Widerspruch hinzunehmen.

Die Folgen erwiesen sich als verheerend. Ich ende mit einem Zitat von Rudolf Bahro aus dem Jahre 1977: „Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz.“ (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Professor Weber! Bei Ihnen – das merkte man – war das ganz anders mit der Kompetenz.

Wir bitten den zweiten Referenten, Herrn Fritz Schenk aus Mainz, zum Zeitraum der fünfziger Jahre das Wort zu nehmen!

**Fritz Schenk:** Herr Vorsitzender, Meine Damen und Herren! Meine Versetzung in die Staatliche Plankommission der DDR Anfang 1952 aus dem Sachsenverlag in Dresden fiel in die Hoch- und Endzeit der Herrschaft Josef Stalins. Ich sollte ursprünglich dort das Drucksachen- und Formularwesen für die Planwirtschaft entwickeln, betreuen usw.; dazu ist es nicht gekommen, weil jenes Frühjahr 1952 von zwei wichtigen politischen Ereignissen geprägt war: Das eine war die Note Josef Stalins an die Westmächte mit dem Angebot einer möglichen Wiedervereinigung unter dem Aspekt der Neutralisierung Deutschlands, das zweite war der Beschluß, im Sommer 1952 die Zweite Parteikonferenz der SED abzuhalten, die dann den Übergang zum Sozialismus beschließen sollte.

Das erste Ereignis hat im Innenleben der Partei nach meiner Erinnerung überhaupt keine Rolle gespielt. Dies war eine Sache der Agitatoren und Propagandisten. Die große Idee des großen Stalin wurde auch in innerbetrieblichen Schulungen und bei sonstigen Gelegenheiten erwähnt.

In der praktischen Arbeit aber stand ganz und gar die Vorbereitung der 2. Parteikonferenz im Vordergrund, und dies war nach der ersten Umwandlung Mitteldeutschlands/der Sowjetzone hin zur DDR die zweite wirklich große Veränderung, weil sie der Schritt war, die DDR in ihrer Gesamtstruktur, Arbeitsweise und inneren Ordnung dem Sowjet-System stalinistischer Prägung völlig anzugleichen.

Ich habe in dieser Zeit die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) – später wurde daraus die Hohe Kommission; nach 1955 übernahm deren Aufgaben dann allein die sowjetische Botschaft, aber am Prinzip und an der Arbeitsweise hat sich nicht geändert –, also die sowjetischen Instanzen als Ausgangspunkt aller Initiativen für Veränderung und Entwicklung in der DDR erlebt.

Mein Chef, Bruno Leuschner, hatte seinen ständigen Partner in der SKK – Chomjakov hieß er damals –, Leiter der Wirtschaftsabteilung der SKK. Alle Initiativen brachte er in die Sitzungen der Staatlichen Plankommission